

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Änderungsantrags: Namensänderung in § 1.1 der Satzung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge folgende Änderung des Parteinamens wie in § 1.1 der Bundessatzung festgelegt beschließen, sowie alle weitere Vorkommen des Parteinamens anzupassen:

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIER.

Begründung: Die Partei hat sich über einfachen Tierschutz hinaus weiterentwickelt. Die Partei setzt sich inzwischen wesentlich breit gefächerter für Tiere im Allgemeinen und für den Erhalt von Lebensräumen und die Artenvielfalt sowie für die Rechte von Tieren im Speziellen ein. Daher sollte der Name entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen und dem Puls der Zeit angepasst werden.

Anhang (Übersicht über die Satzungsänderung):

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIER. Sie soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt sie den Zusatz e.V. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet Tierschutzpartei



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags::

Probemitglieder bei Aufstellungsversammlungen

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen, im § 3a der Bundessatzung hinter Satz 5 folgendem Satz einzufügen:

“Probemitglieder können bei Aufstellungsversammlungen für Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen, als vollwertige Mitglieder des Landesverbandes mit sofortiger Wirkung durch den Landesvorstand für die Dauer der Versammlung aufgenommen werden. Somit können diese neue Mitglieder des Landesverbandes auch an der Aufstellung von Kandidaten teilnehmen, sowie selbst kandidieren und abstimmen.”

Begründung: Bei Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen bleiben sehr oft viele Listenplätze oder ganze Listen leer, da die betroffenen Gebiete oft keine oder nur zu wenige Mitglieder aufweisen, um eine Aufstellungsversammlung durchzuführen. Der eingefügte Satz erschafft die Möglichkeit, dass Probemitglieder bei Aufstellungsversammlungen einen wesentlichen Beitrag leisten können, in dem sie durch den zuständigen Landesvorstand als vollwertige Mitglieder des Landesverbandes für die Dauer der Versammlung aufgenommen werden können und ihre Beteiligung bei der Aufstellungsversammlung und bei den Wahlen ermöglicht wird. Hiermit wird die Besetzung von Listenplätzen auf den unteren Ebenen unter der vollen Aufsicht der Partei wesentlich erleichtert und begünstigt.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Bezeichnung des Antrags: Kinderrechte und Kontakt zu den leiblichen Eltern

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen im Abschnitt **7.4 Kinder und- Jugendrechte des Grundsatzprogramms** zwischen den zweiten und dritten Absatz wird folgender Absatz eingefügt:

"Die Tierschutzpartei setzt sich für die Förderung und den Schutz der Rechte von Kindern ein. Wir erkennen die Bedeutung des Kontakts zu leiblichen und weiteren Familienmitgliedern für das Wohlergehen und die gesunde Entwicklung von Kindern an. Die Tierschutzpartei verurteilt die Praxis der Eltern-Kind-Entfremdung und strebt danach, die Rechte der Kinder auf regelmäßigen und bedeutsamen Kontakt zu ihren leiblichen und weiteren Familienmitgliedern zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass im Falle von Trennungen oder Scheidungen der Eltern das Wohl des Kindes an erster Stelle steht und die Möglichkeit einer fairen und ausgeglichenen Elternschaft gefördert wird."

Begründung:

Die Tierschutzpartei setzt sich bereits seit ihrer Gründung erfolgreich für den Schutz und das Wohl von Tieren ein. Angesichts unserer grundlegenden Überzeugung, dass alle Lebewesen Respekt, Mitgefühl und Schutz verdienen, sollten wir auch die Rechte und Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen. Leider sind Kinder in vielen Fällen von Entfremdungserlebnissen betroffen, wenn sie den Kontakt zu verschiedenen Familienmitgliedern, insbesondere ihren Eltern, verlieren.

Eltern-Kind-Entfremdung ist eine Form schweren psychischen Missbrauchs. Kinder verlieren dabei einen geliebten Elternteil und auch dessen weiteres familiäres Umfeld, wie Großeltern und Geschwister. Der Hintergrund für diese Entfremdung ist die Trennungs-Auseinandersetzung der Eltern und entspricht nicht dem Willen der Kinder, sondern beruht auf einer Beeinflussung des Kindes durch einen Elternteil. Bei einem erfolgten Kontaktabbruch muss der Kontakt schnellstmöglich wiederhergestellt werden.

Der Verlust des Kontakts zu leiblichen Familienmitgliedern kann für Kinder äußerst schädlich sein und zu langfristigen emotionalen und psychologischen Auswirkungen führen. Es ist von größter Bedeutung, dass die Tierschutzpartei sich für die Gewährleistung des Rechts jedes Kindes auf den Kontakt zu seinen leiblichen Familienmitgliedern einsetzt und sich aktiv gegen die Entfremdung zwischen Eltern und Kindern einsetzt



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Namensänderung in § 1.1 der Satzung

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge folgende Änderung des Parteinamens wie in § 1.1 der Bundessatzung festgelegt beschließen, sowie alle weitere Vorkommen des Parteinamens anzupassen:

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIERE.

Begründung: Die Partei hat sich über einfachen Tierschutz hinaus weiterentwickelt. Die Partei setzt sich inzwischen wesentlich breit gefächerter für Tiere im Allgemeinen und für den Erhalt von Lebensräumen und die Artenvielfalt sowie für die Rechte von Tieren im Speziellen ein. Daher sollte der Name entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen und dem Puls der Zeit angepasst werden.

Anhang (Übersicht über die Satzungsänderung):

§ 1.1 Die Partei führt den Namen PARTEI MENSCH UMWELT TIERE. Sie soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach Eintragung führt sie den Zusatz e.V. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet Tierschutzpartei



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrages:

Mitgliedschaft im Landesverband bei Aufstellungsversammlungen

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz möge beschließen, am Ende des § 3 der Bundessatzung folgendem Satz hinzufügen:

“Landesvorstände können nach eigenem Ermessen Probemitglieder und andere parteilose Nicht-Mitglieder als vollwertige Mitglieder ihres Landesverbands mit sofortiger Wirkung aufnehmen, damit diese u.a. bei Aufstellungsversammlungen für Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen an der Aufstellung von Kandidaten teilnehmen, sowie selbst kandidieren und abstimmen können.”

Begründung: Bei Wahlen von Volksvertretungen auf Landesebene und nachgeordnete Gebietsebenen bleiben sehr oft viele Listenplätze oder ganze Listen leer, da die betroffenen Gebiete oft keine oder nur zu wenige Mitglieder aufweisen. Der eingefügte Satz erschafft die Möglichkeit, dass LV Mitglieder bei Aufstellungsversammlungen einen wesentlichen Beitrag leisten können und sich wie alle vollwertige Mitglieder beteiligen können. Hiermit wird die Besetzung von Listenplätzen unter der vollen Aufsicht der Partei wesentlich erleichtert und begünstigt.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Demokratische, gerechte Vertretung der Landesverbände im Bundesvorstand

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgende Änderungen in §13.1 der Bundessatzung und dementsprechend in §4 der Bundeswahlordnung beschließen:

In §13.1 der Bundessatzung und dementsprechend in §4 der Bundeswahlordnung

in Satz 1): "maximal 20" mit "maximal 20, sofern alle zur Verfügung stehende Landesverbände im Bundesvorstand vertreten sind, ansonsten bis alle verfügbare Landesverbände die Möglichkeit gegeben worden sind, im Bundesvorstand vertreten zu sein." ersetzen;

Nach Satz 2) soll folgender Satz eingefügt werden:

"Jeder Landesverband **sollte**, soweit ein Kandidat des Landesverbandes zur Verfügung steht, durch mindestens ein Mitglied im Bundesvorstand vertreten sein.";

In Satz 4) Nr. 9 "maximal 10 Beisitzer", mit "maximal 10 Beisitzern, sofern alle Landesverbände mit mindestens einer Person im Bundesvorstand vertreten sind, ansonsten dürfen die noch nicht im Bundesvorstand vertretene Landesverbände jeweils ein Beisitzer stellen welcher direkt vom Landesvorstand selbst bestimmt.

Begründung: Der Bundesvorstand repräsentiert und bestimmt über alle einzelne Landesverbände. Im Sinne der Parteiendemokratie sollten demnach auch ALLE Landesverbände die Möglichkeit haben, sich aktiv im Bundesvorstand einzubringen. Als basisdemokratisch orientierte Partei ist es enorm wichtig, dass der Bundesvorstand alle Landesverbände gerecht repräsentiert sowie, dass gegen einseitige Interessenvertretungen und die Bildung von undemokratischen Machtstrukturen vorgebeugt wird.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Wasserstoff Kernfusion

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgenden Satz am Ende des §6.6 Energie des Grundsatzprogramms hinzufügen:

Wir setzen uns für die Förderung, die Entwicklung und den raschen Ausbau der Wasserstoff-Kernfusion zur Stromerzeugung ein.

Begründung: Die Förderung sauberer, kostengünstiger und nachhaltiger Energiequellen ist unser Ziel.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen

Antrag an den 47. Bundesparteitag

Bezeichnung des Antrags: Ausschluss von ehemaligen Rechtsradikalen als Parteifunktionäre

Antragsteller: Landesvorstand Sachsen

Antrag: Der 47. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgenden Satz am Ende des §13.1 der Bundessatzung hinzufügen:

Eine vorherige Mitgliedschaft oder Tätigkeit im Vorstand einer Partei oder einer sonstigen politischen Organisation, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, aktiv darauf hinwirkt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen, oder öffentlich verkündet, dass die Zugehörigkeit zu einer Spezies, Ethnie oder Nation über den tatsächlichen Wert eines Menschen oder anderer Lebewesen entscheidet (wie beispielsweise bei sogenannten rechtsextremen Parteien), stellt ein absolutes Ausschlusskriterium für die Übernahme von Ämtern und Mandaten im Vorstand der Partei sowie als Bewerber bei öffentlichen Wahlen dar.

Begründung: Jedes Vorstandsmitglied repräsentiert die Partei nach außen. Personen mit einer rechtsradikalen Vergangenheit schaden dem Ansehen der Partei zutiefst, da Rechtsradikalismus gegen sämtliche Grundprinzipien der Tierschutzpartei verstößt. Auch eine Wiedergutmachung von vergangenen Fehlern einzelner Personen darf nicht auf Kosten des Ansehens der Partei an exponierten Stellen wie im Vorstand oder bei Wahlen erfolgen. Die Verbrechen, die aus rechtsradikalem Gedankengut entspringen, dürfen niemals verharmlost oder vergessen werden.



Dr. Peter Zimmer
Landesvorstand Sachsen



Nico Bartilla
Landesvorstand Sachsen